

Antel
en
orzhem
liche
Zimmer-
hnung
ten.
m. sagt die Ge-
ds. Bl.

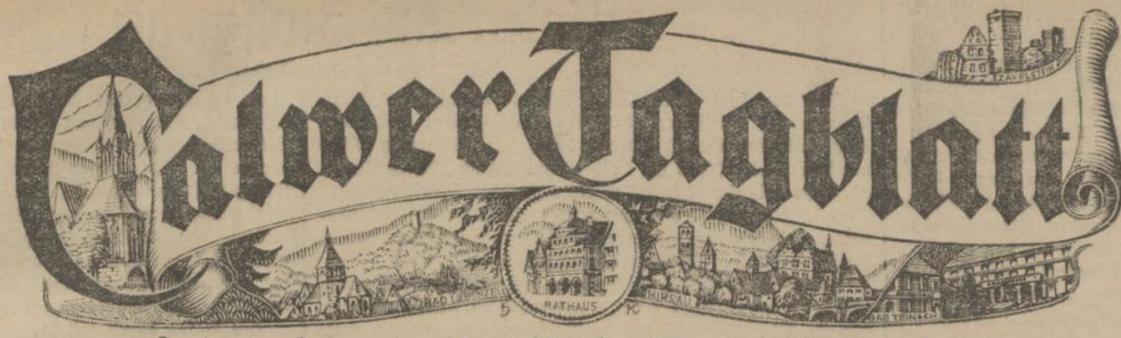
Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Unveränderter Stand der Regierungskrise

Zwischenbericht beim Reichspräsidenten - Eine neue Aussprache Schleichers mit Hitler

U. Berlin, 30. Nov. Am Dienstag in den frühen Nachmittagsstunden erstatteten Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher und Staatssekretär Dr. Meißner dem Reichspräsidenten über den bisherigen Verlauf ihrer Fühlungnahme mit den Parteien und sonstigen Organisationsberichten. Da die Besprechungen mit den Nationalsozialisten noch nicht beendet sind - man rechnet doch noch mit einer Aussprache Schleichers mit Hitler - konnte diese Berichterstattung vor dem Reichspräsidenten nur eine Art Zwischenbericht sein. Die endgültige Entscheidung wird erst fallen, wenn Schleicher seine Unterredung mit Hitler gehabt haben wird.

Wie die Telegraphen-Union von zuverlässiger Seite erfährt, hat Adolf Hitler sich entschlossen, dem Wunsche Schleichers zu entsprechen und zu einer Aussprache mit ihm über die politische Lage nach Berlin zu kommen. Hitler wird heute gegen 9 Uhr in Berlin eintreffen und gleich anschließend dürfte die Besprechung stattfinden, so daß noch gegen Mittag dem Reichspräsidenten über das Ergebnis dieser Aussprache Bericht erstattet werden kann.

Der Reichspräsident empfing am Dienstag den aus Genf zurückgekehrten Reichsminister Freiherrn von Neurath zum Vortrag.

Die Entscheidung zwischen Papen und Schleicher ist noch nicht gefallen. Gut informierte Kreise zweifeln auch daran, ob tatsächlich der heutige Mittwoch eine Klärung bringen wird. Es ist sehr fraglich, was bei der Besprechung zwischen Hitler und Schleicher herauskommt. Nach den bestimmten Äußerungen der nationalsozialistischen Presse darf man annehmen, daß eine Tolerierung eines Kabinetts Schleichers mit Sicherheit von Hitler abgelehnt wird. Eine andere Frage wäre es natürlich, ob nicht eine Unterhaltung über die Art und Weise, wie eine Opposition gegen ein Kabinett Schleicher von der NSDAP zu führen ist, doch Zweck hätte, da man in politischen Kreisen annimmt, daß die Opposition der NSDAP gegen ein Kabinett von Schleicher schwächer sein würde als gegen ein Kabinett von Papen. Da Schleicher noch immer als Freund der nationalsozialistischen Bewegung gelten kann, hält man es jedenfalls in bestimmten politischen Kreisen noch immer für möglich, daß hier wenigstens gewisse Annäherungsmöglichkeiten gegeben sind.

Verläuft das Gespräch Schleicher-Hitler negativ oder kommt es nicht zustande, so besteht die Wahrscheinlichkeit, daß dann Herr von Papen mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt wird. Es ist aber die Frage, ob es Herrn von Papen dann gelingt, ein neues Kabinett auf die Beine zu stellen. Es besteht also auch dann immer noch die Möglichkeit, daß er nach seiner Betrauung den Auftrag nach einigen Tagen wieder zurückgibt und daß dann doch ein Kabinett von Schleicher gebildet wird. Da ein Kabinett Schleicher im Parlament zweifellos unter Umständen auf eine gemäßigtere Opposition zu rechnen hätte als ein Kabinett von Papen, glaubt man jedenfalls, derartige Möglichkeiten so lange nicht von der Hand weisen zu dürfen, als ein Kabinett von Papen nicht ernannt ist.

Von den Berliner Blättern wird allgemein auf die große Bedeutung hingewiesen, die der Besprechung des Reichswehrministers von Schleicher mit dem Führer der NSDAP zukommt. Die „D. A. Z.“ weist darauf hin, daß die Preußenfrage innerhalb der Besprechung Schleicher-Hitler sicher einen wichtigen Punkt bilden werde. Von nationalsozialistischer Seite werde ergänzend bemerkt, daß die Besprechung wohl vorwiegend den Plänen gelte, den Reichstag nach seiner Konstituierung zunächst bis zum 10. Januar zu vertagen, um Raum für neue Verhandlungen über die Regierungsbildung zu gewinnen. Im übrigen werde hervorgehoben, daß weitere Verhandlungen mit Parteien nicht mehr geplant seien, denn mit der jetzigen Hitlerbesprechung solle der Kreis geschlossen werden. Der „Börse-Kurier“ tritt den Gerüchten entgegen, daß eine Entschließung im Sinne eines geschäftsführenden Kabinetts von Papen gefallen sei und schreibt u. a.: Die Andeutungen, daß das bisherige Kabinett als geschäftsführende Regierung im Amte gehalten werden könnte, würden schon durch die Tatsache widerlegt, daß eine Anzahl von Ministern, wie z. B. der Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk, der Wirtschaftsminister Prof. Warmbold und nicht zuletzt der Minister ohne Portefeuille und Preußenkommissar Dr. Bracht es ablehnen würden, in dem bisherigen Kabinett von Papen weiter zu amtieren. Weiter verzeichnet der Börse-Kurier das Gerücht, daß General von Schleicher, der, wie man wisse, nur ungern in den Vordergrund trete, sich zu der Einleitung der gegenwärtigen Verhandlungen erst verstanden habe, als der Reichspräsident auf seine eigene Person betreffende Möglichkeiten hingewiesen habe, deren Verwirklichung heute niemand wünschen könne.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt es als eine Tatsache, daß Schleicher einen großen Arbeitsbeschaffungsplan durch die öffentliche Hand in sein Programm aufgenommen habe, der auch dem nationalsozialistischen Standpunkt mindestens weit entgegenkomme. Es werde aber ein Arbeitsbeschaffungsprogramm auf der Grundlage des Planes der Landgemeinden auch dann vorgelegt werden, wenn der Verständigungsversuch mit der NSDAP endgültig scheitern und der Reichspräsident dann ein ausgesprochenes Kampfkabinett berufen sollte, das nicht unter der Leitung Schleichers stehen würde.

Die NSDAP. gegen einen Waffenstillstand

Die NSDAP. veröffentlicht unter der Überschrift „Mut zur Wahrheit“ einen Artikel des Pressesprechers der NSDAP, Dr. Otto Dietrich, worin es heißt, der Führer der NSDAP. besitze die unbedingte Autorität und das unangefochtene Vertrauen von 12 Millionen wahlberechtigten Deutschen und damit die absolut notwendige Grundlage für jedes Kabinett, das dem Willen des Volkes entspreche und den Namen „national“ für sich in Anspruch nehme. Der Weg der NSDAP. führe nur über Adolf Hitler. Wer gegen den Führer der Bewegung sei, der müsse wissen, daß er auf die unerbittliche Feindschaft dieser Millionen stoße. Man sollte meinen, daß diese selbstverständliche Konsequenz auch den amtlichen Kreisen und den Ratgebern an erster Stelle inwieweit klar geworden sein müßte. Wenn ihnen dafür die Begriffe fehlten, müßte ihnen wenigstens die Erfahrung gezeigt haben, daß bisher noch jedes Präsidialkabinett zum Scheitern verurteilt gewesen sei, das geglaubt habe, ohne und gegen die nationalsozialistische Bewegung regieren zu können. Ein „Waffenstillstand“ in diesem Augenblick würde ein Freibrief sein für weitere Regierungsexperimente, die auf dem schnellsten Wege zu liquidieren die Pflicht aller Verantwortlichen sei. Nachdem die Härte der Tatsachen die Unmöglichkeit der Ausschaltung der nationalsozialistischen Bewegung aus der Regierungsführung erwiesen habe, würde eine neue Verschleierung und Verschleppungstaktik nur neues Unheil über das deutsche Volk heraufbeschwören. Die NSDAP. könne es vor dem deutschen Volk nicht vertreten, sich zu einem solchen ebenso aussichtslos wie verhängnisvollen Beginnen herzugeben.

Sechs Milliarden Steuerausfall in drei Jahren

Der Reichsfinanzminister über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen seit 1929

U. Berlin, 30. Nov. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk sprach Dienstag abend in der Hochschule für Politik. Er gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen seit dem Jahre 1929, der, wie er sagte, die außerordentlich starke Konjunkturbedingtheit der öffentlichen Haushalte zeigte. Seit dem Jahre 1929 ist, so führte der Minister u. a. aus, das gesamte Steueraufkommen (einschließlich Zölle) in Reich, Ländern und Gemeinden von 13,5 auf 10 Milliarden Rm., die voranschläglicherweise im Jahre 1932 aufkommen werden, zurückgegangen, obwohl in dieser Zeit Steuererhöhungen und neue Steuern im Ausmaße von rund 2,5 Milliarden Rm. jährlich eingeführt worden sind. In Wirklichkeit ist also seit 1929 ein Steuerausfall von 6 Milliarden Rm. eingetreten. An einzelnen Steuern wies der Minister die Stufenfolge der Konjunkturrempfindlichkeit der Steuerarten nach. Die sonstigen Einnahmen aus Anleihen, Verwaltungseinnahmen und dergleichen sind gegenüber 1929 auch um 2,2 Milliarden gesunken. Demgegenüber sind die Ausgaben für die gesamte Arbeitslosenfürsorge um 1 1/2 Milliarden Mark gestiegen und würden sich um weitere 1-1 1/2 Milliarden Mark erhöhen, wenn nicht Kürzungen der Unterhaltungs- und andere Sparmaßnahmen seit dem Jahre 1930 durchgeführt worden wären. Insgesamt ist also eine Verschlechterung der öffentlichen Haushalte um rund 10 Milliarden Rm. eingetreten.

Hierzu sind gedeckt durch Steuererhöhungen 2 1/2 Milliarden Rm., durch Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und Einführung der Arbeitslosenhilfe 0,7 Milliarden, durch drei Gehaltskürzungen, Kürzungen der Pensionen und sonstigen Versorgungsbezügen 1,6 Milliarden sowie durch schärfste Kürzung der tatsächlichen Ausgaben in Höhe von 3,5 Milliarden, ferner durch Wegfall der Reparationen nach Abhebung der besonderen etwa 0,7 Milliarden Rm. betragenden Reparationsposten 1 Milliarde Rm.

Infolge des Fehlens einer Haushaltskonjunkturpolitik in den Jahren seit 1926 sind Reich, Länder und Gemeinden ohne Reserven in die Krise hineingegangen. Daraus ergab sich der Zwang, immer wieder die Haushaltsfehlbeträge durch die bekannten drakonischen Maßnahmen auf der Einnahme- und Ausgabeite zu decken. Diese Maßnahmen trauen nun in-

Die Berliner Regierungskrise ist immer noch ungelöst. General v. Schleicher wird heute in einer Aussprache mit Hitler einen letzten Versuch unternehmen, ehe der Reichspräsident den Schlüsselentscheid trifft.

Nachrichten, welche von Rücktrittsabsichten des Reichspräsidenten berüchten, wenn keine befriedigende Lösung der Krise erfolgen sollte, finden keinen Widerpruch.

In einem Vortrage bezifferte der Reichsfinanzminister die Steuerausfälle seit 1929 mit 6 Milliarden.

Der Präsident des Statistischen Reichsamts, Professor Wagemann, äußerte sich optimistisch über die Weiterentwicklung der Wirtschaft.

In Paris wurde gestern der französisch-russische Nichtangriffspakt unterzeichnet. Herriot hat infolge der Pariser Beratungen über die Kriegsschuldenfrage seine Reise nach Genf verschoben.

Der Württ. Landtag hat gestern seine Tagung, die zwei Wochen dauern soll, eröffnet.

Unter der Überschrift „Die NSDAP. wird ein Kabinett Schleicher nicht tolerieren“ bringt der „Völkische Beobachter“ an der Spitze des Blattes einen Artikel Rosenbergs, worin es heißt: Unsere Stellung zu einem eventuellen Reichskanzler v. Schleicher ist so eindeutig wie möglich. Die NSDAP. wird ein Kabinett Schleicher ebensowenig tolerieren wie das Unheilskabinett v. Papen. Die Gründe sind die gleichen.

Verhandlungen über die Preußenfrage. Wie der „Völkische Beobachter“ erfährt, haben im Laufe des Dienstag wieder Vertreter der NSDAP. mit Vertretern des Zentrums Fühlung genommen. Es sollen Besprechungen mit Brüning, Raas, Esser und dem Vorsitzenden der preussischen Zentrumsfraktion, Lauscher, stattgefunden haben, ob die Wahl eines preussischen Ministerpräsidenten durch Zentrum und Nationalsozialisten die Möglichkeit zu einer Verständigung mit dem Reichspräsidenten unter der Voraussetzung bietet, daß in Preußen der Reichskommisssar zurückgezogen werde.

Der Minister legte dann den Zusammenhang zwischen den Steuergutscheinen und dem Arbeitsbeschaffungsprogramm dar und sprach über Möglichkeiten und Grenzen eines solchen Programms. Abgesehen von der durch die Ausgabe von Steuergutscheinen ermöglichten Arbeitsbeschaffung beläuft sich das bisherige Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung einschließlich der neuen Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost auf rund 3/4 Milliarden Mark.

Er trat weiter den Bejorgnissen entgegen, die hinsichtlich einer zu starken Belastung künftiger Jahre in der Öffentlichkeit geäußert worden sind und gab hierbei einen Überblick über die schon in früherer Zeit und unter der Regierung von Papen übernommenen Verschärfungen und über die für Stützungswecke ausgegebenen Schatzanweisungen.

Nach dem letzten Stand sind für 2146 Millionen Reichsmark Bürgschaften einschließlich aller Bankengarantien übernommen, davon entfallen auf das Kabinett von Papen 188 Millionen Reichsmark. An Schatzanweisungen sind 1020 Millionen Reichsmark, davon 255 Millionen Reichsmark vom Kabinett von Papen begeben bzw. sind demnächst noch zu begeben. Von diesen Schatzanweisungen sind 385 Millionen zur Sicherheitsleistung begeben.

Die Belastung der Jahre 1933-38 beträgt daher zwischen 125 und 200 Millionen Rm. jährlich aus Schatzanweisungen je nach der tatsächlichen Inanspruchnahme der für Sicherheitsleistungen gegebenen Schatzanweisungen. Dazu kommen aus Steuergutscheinen jährlich 300-500 Millionen Rm. je nach dem Ausmaß der Verwendung von Steuergutscheinen für Mehrereinstellung von Arbeitern.

Flottenabrüstungsverhandlungen in Paris

Unterredung Herriot-Davis

Der amerikanische Abordnungsführer Norman Davis hatte am Montag vormittag in Paris eine zweistündige Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot. In politischen Kreisen wird den Verhandlungen Norman Davis größtes Interesse entgegengebracht, da der Amerikaner augenscheinlich alles daran setzt, um eine Einigung in der verwickelten Flottenfrage herbeizuführen. Norman Davis, der von seinem Flottensachverständigen Dulles begleitet ist, ist in Paris mit den französischen Flottenunterhändlern Admiral Laborde und Kapitän Deleuze zusammengetroffen, mit denen er bereits in Genf verhandelt hat. Die Pariser Unterredungen scheinen sich hauptsächlich um das Flottenverhältnis zwischen Italien und Frankreich und um die japanischen Vorschläge zu drehen.

Ein zweiter japanischer Marineplan. Das japanische Marineministerium teilt mit, daß die Arbeiten für die Aufstellung eines zweiten japanischen Marineprogramms in Angriff genommen worden sind. Das erste Marineprogramm soll bis zum Jahre 1935 beendet werden und das zweite im Jahre 1936 zur Ausführung kommen. Einzelheiten über den zweiten Marineplan sollen anfangs des nächsten Jahres veröffentlicht werden.

Neue englische Note an Amerika

London, 29. Nov. Am Sonntag abend setzten Macdonald, Simon, Neville Chamberlain und Baldwin die Antwort auf die letzte Note Amerikas in der Schuldenfrage auf. In der Note werden die Gründe auseinandergesetzt, die England zu dem Stundungsantrag für die am 15. Dezember fällige Schuldquote veranlaßt haben. Die Frage, ob England am 15. Dezember zahlen sollte, wurde nicht erörtert, da man in Kabinettskreisen der Ansicht ist, daß zunächst der Eindruck der jetzigen englischen Note an Amerika abgewartet werden muß. Die englische Regierung hofft, daß die amerikanische Antwort bald erfolgt.

Dem Washingtoner Berichterstatter der „Newport Herald Tribune“ zufolge wird in Washingtoner nichtamtlichen Kreisen die Möglichkeit erörtert, daß England die Vereinigten Staaten gemäß dem englisch-amerikanischen Funderungsabkommen um eine Stundung der Kapitalrückzahlungsumme der am 15. Dezember fälligen Schuldquote eruchen würde, die sich zurzeit auf rund 90 Mill. Dollar beläuft, während die nicht stundbaren Zinsen 65 550 000 Dollar betragen. In diesem Falle müßte Amerika sich zu einem Verzicht auf die Bedingung der dreimonatigen Kündigungsfrist des Stundungsgegenstandes für die Kapitalsumme bereit erklären, die England seinerzeit ungenutzt verstreichen ließ.

Kleine politische Nachrichten

Kommunistische Demonstrationen in Berlin. In verschiedenen Stadtteilen Berlins wurden von unbekanntem Tätern, vermutlich Kommunisten, insgesamt 11 Schaufenster von Scherl- und Allsteinkämalen durch Steinwürfe zertrümmert. Die Steine waren in Packpapier gewickelt, das die Aufschrift trug: „Nieder mit dem Verbot der Roten Fahne! Heraus zum Massenstreik!“ Mit einbrechender Dunkelheit versuchten ebenfalls in verschiedenen Stadtteilen die Kommunisten Demonstrationen zu bilden.

Der Hansabund appelliert an Hindenburg. Das Präsidium des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg ein Telegramm gerichtet, in dem der Hansabund die dringende Bitte ausspricht, die deutsche Wirtschaft durch Verwirklichung des Wirtschaftsprogramms von Münster frei von allen handelspolitischen Störungen zu sichern. Das deutsche Schicksal sei davon abhängig, daß durch die Freimachung der produktiven Kräfte der Privatwirtschaft die sozialen und staatspolitischen Notstände schnell überwunden werden.

Konferenz des Genfer Arbeitsamtes am 10. Januar. Das Internationale Arbeitsamt hat alle Mitgliedsstaaten, die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland zu einer Konferenz für den 10. Januar eingeladen. Die Konferenz wird vorbereitenden, beratenden Charakters sein und soll sich vor allem zwecks Einstellung von Arbeitslosen mit der Arbeitszeit im Bergbau und der Arbeitszeit der Angestellten, nicht jedoch mit der Arbeitszeit der Landwirtschaft und im Seehandel befassen.

Fünfmächtebesprechung voraussichtlich nächste Woche. Die Fünfmächtebesprechung über die Gleichberechtigungsfrage wird nunmehr erst für Anfang oder Mitte nächster Woche erwartet, da noch immer nicht feststeht, wann Herriot kommt. Nach französischen Mitteilungen hält er jedoch an der Absicht fest, zur Besprechung der Gleichberechtigungsfrage nach Genf zu fahren. Der deutsche Außenminister hat seine Entscheidung über die Teilnahme an der Besprechung für Anfang der Woche in Aussicht gestellt.

Aus aller Welt

Kinder auf der Delchiel.

Eine leidige Aufsicht, vor der die Kinder nicht oft genug gewarnt werden können, hat jetzt wieder in Vorrach und in Seelbach zwei Opfer gefordert. In Seelbach setzte sich die 11 Jahre alte Rosa Schneider auf das Verbindungsglied zwischen zwei Anhängern. Beim Abspringen kam das Kind zu Fall, wobei ihm die Näder über den Kopf weggingen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Ebenfalls auf dem Schulwege setzte sich in Vorrach der Sohn eines hiesigen Arztes auf die Delchiel zwischen zwei Fuhrwerken. In der Nähe der Schule stürzte das Kind beim Abpringen so unglücklich, daß die Näder über es hinweggingen. Es mußte nach Hause gebracht werden, wo der Vater schwere innere Verletzungen und verchiedene Rippenbrüche feststellte.

Polen und Zwischeneuropa

Von Dr. Fritz Erner-Berlin

Der vor kurzem in Polen erfolgte Wechsel im Ministerium des Außenere, der den langjährigen polnischen Außenminister August Zaleski durch den bisherigen Vize-Minister Beck ersetzte, hat in der europäischen Öffentlichkeit ein Echo gefunden wie selten ein polnischer Ministerwechsel. Das beweist, daß hier mehr vorliegt als nur eine Personenfrage, und daß man allgemein den Vorgang als ein Kennzeichen größerer Strukturänderungen nahm.

Und wirklich scheint sich heute in den Nachfolgestaaten ein Abschnitt auswärtiger Politik unaufhaltsam seinem Ende zu nähern. Ein Abschnitt, der durch die Namen und die politische Wesensart etwa Zaleskis in Polen, Benesch in der Tschechoslowakei, Titulescu in Rumänien gekennzeichnet wird und der sein Hauptmerkmal in der bedingungslosen Gefolgschaft der naheliegenden Staaten gegenüber Frankreich hatte. Heute aber finden sich diese Staaten, vor allem Polen, als genügend gefestigt, um eine eigene Linie auch in der Außenpolitik verfolgen zu können, und so sehen wir, wie die Stellung der bisherigen auswärtigen Führer immer stärker erschüttert wird, und wie nun schließlich Zaleski als erster seinen Platz dem Vertrauensmann des Marshalls Pilsudski, dem Mitglied der „Oberstengruppe“, Beck, einräumen mußte.

So waren denn auch die Pressekommentare von Frankreich aus dem neuen Außenminister gegenüber auffallend kühl; das ging so weit, daß ihn einzelne französische Blätter als „Sexter von Brest-Litowsk“ bezeichneten. Fügt man hinzu, daß Beck es war, der die Abberufung der französischen Militärkommission aus Warschau vor einigen Monaten durchsetzte, so gibt auch dies den künftigen Beziehungen zu Frankreich keine Aussicht auf gesteigerte Herzlichkeit.

Wenn der unbedingt französischfreundliche Kurs Zaleskis damit sein Ende erreicht haben dürfte, so muß freilich betont werden, daß das Bündnisystem Frankreich-Polen nach wie vor in Kraft bleibt. Denn der gemeinsame Grundpfeiler aller französischen wie polnischen Außenpolitik, der Versailleser Gewaltvertrag, ist noch immer ungebrochen. Daher wird sich der neue Kurs wohl viel weniger nach Westen als gerade in dem neuen Staatengürtel von Finnland bis Griechenland, in Zwischeneuropa, auswirken, das Polen heute immer mehr als das eigentliche Gebiet für eine künftige Großmachtspolitik betrachtet.

Der junge polnische Außenminister ist ja gerade kein Neuling. Denn vor geraumer Zeit bereits hatte ihn Pilsudski ins polnische Außenministerium gebracht, und erst vor kurzem konnten die Blätter von Beck's diplomatischer Balkanreise berichten, auf der er vor allem Nichtangriffspaktverhandlungen mit der Türkei, dem Bundesgenossen Rußlands, einleitete. So dürften wir einem Zeitabschnitt gesteigerter polnischer Betätigung besonders in Zwischeneuropa entgegensehen. Es ist kein Zufall, daß gerade in den letzten Wochen in der tschechischen wie in der polnischen Presse Wünsche laut werden, die eine polnisch-tschechische Zusammenarbeit auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet zum Gegenstande haben. Die zahlreichen Gemeinsamkeiten werden stark hervorgehoben, der alte Plan, Ödgingen zum gemeinschaftlichen Hasen der beiden westslawischen Völker zu machen, wird wieder erörtert. Gerade hier könnte ein polnischer Versuch gemacht werden, einen neuen Verbündeten zu gewinnen.

Das um so mehr, als sich eine steigende Abkühlung zwischen den bisherigen Verbündeten Polen und Rumänien

zeigt, ja, als gerade Meinungsverschiedenheiten über das rumänische Bündnis den letzten Anstoß zum Bruch zwischen Pilsudski und Zaleski gegeben haben sollen. Der Marshall, der sich bei seiner letzten Rumänienreise wohl von der militärischen Fragwürdigkeit ebenso wie von der moralischen Verderbtheit des bisherigen Verbündeten überzeugen mußte, forderte den Abschluß des polnisch-russischen Nichtangriffspaktes ohne Rücksicht auf Rumänien. Und so kann man wohl die nunmehr erfolgte Ratifizierung bereits als eine Frucht der Systemänderung auffassen.

Hat Polen damit erst die Hände frei, so können wir mit stärkster Aktivität auch einem anderen alten Ziele polnischer Außenpolitik gegenüber rechnen: den Kampf um die Ostsee. Auch heute zeigt sich ja hier ein verstärkter Kurs. Der Kampf um Danzig tobt heftiger denn je. Die Anordnung Polens, nur noch polnisches Geld auf den Danziger Bahnhöfen zu nehmen, die starre Haltung in den Zollfragen und vor allem die neue Rede des polnischen Vertreters in Danzig, Papkes, der von der Freien Stadt als einem Zweig des polnischen Volkes sprach, alles deutet darauf hin, daß auch hier eine neue Betätigung eingesetzt hat, die nicht mehr, wie unter Zaleski, sich in ihrer Linie durch ein Schielen nach Genf stören läßt.

Noch an einer anderen Stelle dieser Front hat anscheinend die polnische Arbeit eingesetzt. Man weiß, daß Litauen, d. h. die Kownoer Regierung, stets das Kernstück des Widerstandes gegen die polnisch-baltischen Pläne war. Weniger bekannt dagegen ist es in Deutschland, daß trotzdem immer eine starke Richtung in Litauen auf den Ausgleich mit Polen drängte. Eine besonders starke Gruppe dieser Strömung sitzt in Memel und arbeitet unter Galvanauskas anscheinend mit Hochdruck in diesem Sinne. Sie sucht einen Gegenangriff der Häfen Königsberg und Memel zu konstruieren und will, daraus folgernd, offenbar eine Aenderung der Wirtschaftspolitik Litauens und eine Verständigung mit Polen in diesem Sinne erzwingen. Man hofft anscheinend, Königsberg durch Memel und Ödgingen unter stärksten Wirtschaftsdruck zu setzen und so die ostpreussische Lage weiter zu verschärfen. Alles das — und dazu die Tätigkeit der polnischen Minderheiten in Litauen und Lettland — dürfte die polnische Großoffensive auf die Ostseestellung genügend klar kennzeichnen.

Demgegenüber werden die alten Ukraine- und weißrussischen Pläne des Pilsudskireiches, die ja auch heute noch Freunde in Polen haben, stark zurücktreten. Die positive Haltung im russisch-polnischen Nichtangriffspakt deutet darauf hin, daß man sich zunächst auf den Ort des geringsten Widerstandes, das chaotische und zerplünderete Zwischeneuropa, konzentrieren will, um hier die Grundlage für eine künftige Großmachtstellung Polens zu schaffen. Auf lange Sicht dürften freilich auch die Displäne Polens nicht verschwinden sein.

Wie steht Deutschland zu der neuen Wendung? Auf alle Fälle muß vor Optimismus in bezug auf eine baldige Klärung der deutsch-polnischen Lage gewarnt werden. Auch ein von Frankreich teilweise losgelöstes Polen dürfte seine Stellung zu Versailles und seine Gegnerschaft gegen unsere Revisionsbestrebungen beibehalten haben. Daneben muß man bei dem rückwärtslosen Charakter des neuen polnischen Außenministers Überraschungen auch uns gegenüber für möglich halten. Zu begrüßen ist dagegen die Forderung des französischen Bündnisystems. Das Kampffeld hat sich verlagert, der Feind bleibt.

Traktor rennt gegen Straßenbahn

Aus Straßburg wird berichtet: Beim Kloster im Stadtteil Neuhof raste Ende vergangener Woche der Traktor eines Sägewerks von Seelbach bei Vahr in Baden mit voller Wucht in einen Triebwagen der Straßenbahn. Durch den Zusammenstoß wurde die vordere Plattform des Wagens völlig zertrümmert, sämtliche Scheiben gingen in Trümmer und der Wagen selbst wurde erheblich beschädigt. Der Fahrer des Triebwagens und zwei Fahrgäste wurden verletzt, davon einer schwer. Der Traktor, an den zwei Anhänger angekopelt waren, wurde ebenfalls stark beschädigt. Der Fahrer des Traktors und sein Begleitmann, der 23jährige Wilhelm Klotter und der 18jährige Franz Schnurr aus Seelbach bei Vahr, wurden beide verhaftet, da sie derart betrunken waren, daß sie die Herrschaft über ihr Fahrzeug verloren hatten und dieses sich selbst überließen.

Zwei Häner durch Gebirgschlag getötet

In Necklinghausen ereignete sich im Fluß 10 der Seehe Fritz Leopold Waldor bei Hervez Dorsten oberhalb der 3. Sohle ein Gebirgschlag. Die hereinbrechenden Kofeln und Berge begruben zwei Häner unter sich, die nur als Leichen geborgen werden konnten. Zwei in der Nähe beschäftigte Bergleute kamen mit nur ganz unerheblichen Verletzungen davon. Es besteht die Annahme, daß das Unglück in ursächlichem Zusammenhang mit den Erdschütterungen steht, von denen das Gebiet in den letzten Tagen betroffen worden ist.

Selbstmordversuch Dr. Enoch

Wie berichtet, war der Hamburger Arzt Dr. Enoch verhaftet worden, weil er beschuldigt worden war, minderwertige Seren hergestellt und unter gefälschten Kontrollplomben zum Vertrieb gebracht zu haben. Wie jetzt bekannt wird, hat Dr. Enoch kurz vor seiner Verhaftung einen Selbstmordversuch unternommen. Er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Als Dr. Enoch von seiner bevorstehenden Verhaftung erfuhr, brachte er sich am linken Unterarm eine kleine Verletzung bei. Dann zerplünderte er eine Ampulle mit Tetanus-Toxin und stieß den gefährlichen Inhalt in die Wunde. Als die Kriminalbeamten bei ihm eintraten, mußte er sofort ins Krankenhaus überführt werden. Seinem Rechtsanwält gegenüber hat Dr. Enoch die Herstellung minderwertiger Seren bestritten.

Sturm über England

Ein schwerer Sturm, der am Sonntag und Montag über England wüthete, hat vier Todesopfer gefordert. Im Hafen von Gorleston bei Yarmouth an der englischen Ostküste stürzte ein Kraftwagen über die Kaiwand herab und versank mit den beiden Insassen, einem Mann und einem jungen Mädchen, in den Fluten. Bei der Insel Wight kenterten zwei Segelboote, wobei zwei Personen ertranken. In Margate an der Themsemündung und an anderen Orten wurden Teile der Uferpromenaden von den Wogen aufgerissen und die in der Nähe des Ufers stehenden Häuser überschwemmt und schwer beschädigt.

Bandenüberfall im Memelgebiet

Nachts drangen Räuber in das Haus des Kaufmanns und Gastwirts Genies in Piktupönen ein. Wahrscheinlich hatten sie es auf die dort untergebrachte Raiffeisenkasse abgesehen. Frau Genies, die von dem Geräusch erwacht war, wurde von den Verbrechern durch einen Schuß in den Kehlkopf getötet. Ihr 20jähriger Sohn und ihr Mann, die sich den Eindringern entgegenstellten, wurden gleichfalls niedergeschossen. Genies wurde durch einen Steckschuß in den Arm verwundet. Der Sohn brach, von mehreren Kugeln getroffen, tot zusammen. Die Verbrecher, vermutlich Litauer, flüchteten, bevor die Polizei erschien.

Sowjetrussischer Stratosphärenflug geplant

Der sowjetrussische Gas- und Luftschutzverband beabsichtigt im nächsten Frühjahr mit einem bereits im Bau befindlichen Ballon einen Flug in die Stratosphäre zu unternehmen. Man hofft eine Höhe von 20 Kilometer zu erreichen.

Wertpapiere für eine halbe Million Dollar geraubt

In der New Yorker Continental-Bank wurde ein eigenartiger Raub verübt. In der Bank vermisste man plötzlich fünf von der Bundesregierung ausgegebene Liberty-Bonds (diese Bonds entsprechen unserer Kriegsanleihe) im Werte von einer halben Million Dollar, die spurlos verschwunden waren. Man nimmt an, daß sich bis jetzt unbekannt gebliebene Räuber in der Nähe des Kassenschalters aufgehalten haben, die die Tat unbemerkt ausgeführt haben. Sofort eingeleitete polizeiliche Nachforschungen sind bisher erfolglos geblieben.

Bestellen Sie heute noch für den Monat Dezember das „Calwer Tagblatt“!

Württembergischer Landtag

Wiederzusammentritt des Landtags.

Nach sechswöchiger Pause trat der Landtag, zum letzten Male in diesem Jahre, wieder zusammen, um den vorhandenen Beratungsstoff aufzuarbeiten. Nachdem einige kleine Anfragen beantwortet worden waren, wurde die dritte Lesung des Fiskalsteuergesetzes vorgenommen. Der Abg. Feuerstein (S.) beantragte, den erhöhten Umlagesatz auf ein Zehntel zu bestimmen und von diesem Umlagesatz die Fiskalbetriebe der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu befreien, sofern sie ihre Tätigkeit auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken. Er hatte dabei die Konsumvereine im Auge, deren Vorkämpfer er seit Jahrzehnten ist. Außerdem sollte nach seinem Antrag das Gesetz erst am 1. April 1933 in Kraft treten. Gegen die Rechnungsmethoden des Finanzministers hatte der Redner größtes Misstrauen. Finanzminister Dr. Dehlinger wandte sich ganz entschieden gegen den Antrag, für den nur noch der Abg. Alb. Fischer (Komm.) sprach, während ihn der Abg. Joh. Schmid (NS.) namens seiner Partei ausdrücklich ablehnte. Der Antrag wurde dann auch abgelehnt und bei der Schlussabstimmung das Fiskalsteuergesetz, das rückwirkend ab 1. April 1932 in Kraft tritt, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und des Abg. Gengler (S.) angenommen. Dann kamen zwei große Anfragen betr. die Vorkontingente bei der Oberamtsparafasse Baihingen-Enz zur Behandlung. Der Abg. Pflüger (S.) begründete eine Anfrage seiner Partei und legte dar, daß durch das schuldhafteste Verhalten verantwortlicher Personen der ganze Bezirk aufs schwerste geschädigt und das Vertrauen zu den Sparkassen stark erschüttert sei. Der Schaden betrage 600 000 Mark. Unersäglich sei das Verlangen der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperchaftsverwaltung. Der Redner stellte zusammen mit den Abg. des Christlichen Volksdienstes den Antrag, das Staatsministerium möge für eine Sicherstellung der Vermögen der für die Verluste der Oberamtsparafasse verantwortlichen Personen zum Zwecke der Inanspruchnahme dieser Vermögen für die Deckung des Abmangels alsbald Sorge tragen. Der Abg. Keiner (NS.) begründete die Anfrage seiner Partei und bezeichnete den Fall als einen Skandal. Landrat Bögel hob sein Konto bei der Oberamtsparafasse weislich überschritten. Dadurch begab er sich in die Hände des Sparfassenleiters und konnte seiner Aufsichtspflicht nicht mehr nachkommen. Mitverantwortlich sei auch die Girozentrale als Prüfungsstelle. Staatspräsident Dr. Volz erklärte in Beantwortung der beiden Anfragen, volle Aufklärung werde das Strafverfahren bringen. Die Höhe der uneinbringlichen Forderungen betrage 836 000 Mark. Nach Abzug der Rücklagen bleibe noch ein Abmangel von 530 000 Mark. Landrat Bögel habe den pfändbaren Teil seines Gehalts an die Sparkasse abgetreten. Die Ministerialabteilung habe erst Ende April 1932 von den Dingen Kenntnis erhalten. Landrat Bögel werde nicht mehr als Oberamtsvorstand verwendet werden. Für den Verlust von rd. 600 000 Mark habe die Amtskörperschaft Baihingen. Sie werde der Sparkasse auf 20 Jahre jährlich 26 000 Mark geben, ferner der Giroverband, aber ohne Verpflichtung, jährlich 10 000 Mark. Der Staat werde kurz anlegbare Gelder zu 4 Prozent geben. Nach weiteren Ausführungen der Abg. Alb. Fischer (Komm.), Winkler (S.) und Keiner (NS.) wurde der Antrag Pflüger angenommen, ein kommunistischer Antrag dagegen abgelehnt. Nächste Sitzung heute nachmittag.

Im Aulastenauschuß des Landtages

legte Präsident Mergenthaler dar, daß der Landtag in dieser und der nächsten Woche tagen müsse, um den Stoff aufzuarbeiten. Er besprach das Aufgabengebiet: Große Anfragen, Anträge der Ausschüsse usw. Zunächst sollen die großen Anfragen, die den Justiz- und den Kultminister angehen, behandelt werden. Hinsichtlich der Anträge wird mit jenen des Finanzausschusses begonnen werden; daran anschließend sollen die Anträge der anderen Ausschüsse zur Behandlung kommen. Die große Anfrage der Kommunisten betr. die Vänderkonferenz vom 23. Juli 1932 soll erst nach Erledigung der Anträge behandelt werden. Finanzminister Dr. Dehlinger betonte, daß sich diese große Anfrage nur auf die Vänderkonferenz in Stuttgart beziehe; die Regierung sei nur verpflichtet, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Ein sozialdemokratischer Redner wünschte, daß der Wirtschaftsausschuß im Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß Ausschluß über die Wirtschaftsfragen gebe, bevor diese ins Plenum des Landtags kommen. Der Wirtschaftsminister wünschte, daß am kommenden Samstag das Plenum aussetzen und der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß an diesem Tage tagen möge; es sei notwendig, daß diese Fragen im Ausschuß vorbehandelt würden. Es wurde in diesem Sinne beschlossen.

Aus Württemberg

Wirtschaftsminister und Landwirtschaft.

Wirtschaftsminister Dr. Maier gibt folgende Erklärung ab:

1. Die „Schwäbische Tageszeitung“ hat in letzter Zeit wiederholt behauptet, ich hätte die Bestrebungen zum Schutze der bäuerlichen Veredelungswirtschaft bekämpft. Diese Behauptungen sind unrichtig. Ich habe mich amtlich und persönlich im Gegenteil aufs wärmste für wirksame Mittel zum Schutze dieser Erzeugnisse eingesetzt.
2. In der Kontingentsfrage hat das württembergische Staatsministerium selbst nicht Stellung nehmen können, weil die württembergische Regierung zum Agrarprogramm der Reichsregierung mit keinem Wort gehört oder gefragt worden ist. Das Wirtschaftsministerium hat deshalb beim Staatsministerium auch keine Anträge hiezu stellen können. Meine persönliche Meinung habe ich in einem im „Stuttgarter Neuen Tagblatt“ erschienenen Artikel niedergelegt. Meine Auffassung über die Kontingente ist in folgenden Sätzen festgehalten:

„Der Agrarpolitik erster Teil, die Stabilisierung und Stützung der Getreidepreise, liegt hinter uns. Sie ist unter Mitwirkung der Industrie, ja unter Mitwirkung der deutschen Sozialdemokratie, einer wichtigen Vertretung der Verbraucher, gemacht worden und ein voller Erfolg für die Landwirtschaft geworden. Die Preise für Weizen und Roggen sind vom Weltmarkt abgehängt und sind auskömmlich und befriedigend. Nun geht es an den zweiten Teil, den viel schwierigeren Teil der Fürsorge für den Markt der Veredelungswirtschaft: Fleisch, Butter, Käse, Eier, für den Obst- und Gemüsemarkt. Die Landwirtschaft ist beim Getreide mit dem Handhändlerarbeiten mit Industrie und Verbraucher gut gefahren. Warum will sie diesmal ihr Ziel erreichen im Kampf mit der übrigen Wirtschaft, gegen die Verbraucher? Schon taktisch scheint sie schlecht beraten zu sein.“

Man muß es offen aussprechen: Die Preise für die landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte sind unaustrücklich und es muß auf diesem Gebiet Hilfe geschaffen werden. Das wichtigste ist eine Stützung der Milchprodukte und der Erzeugnisse des Gemüsebaues. Man kommt auf diesem Gebiete auch ohne Kontingente nicht aus. Wir dürfen die Kontingentsfrage auch nicht so ansehen, als ob Kontingente nicht zulässige Mittel der Handelspolitik wären. Es ist klar, daß in einer Zeit, in welcher Kontingente von der ganzen Welt angewandt werden, Deutschland auf sie nicht verzichten kann. Aber Kontingente sind außerordentliche Mittel der Handelspolitik; sie müssen „opportuno loco ac tempore“, am richtigen Platz und zur richtigen Zeit angewandt werden, es muß mit ihnen behutsam und vorsichtig umgegangen werden, sonst richtet man schweren Schaden an. Kontingente in Bauisch und Bogen jenseits über die ganze Welt, auch über unsere allerbesten Kunden unterschiedslos „verhängen“ zu wollen, ist ein wirtschaftliches Verbrechen. Wir sehen die Folgen. Es ist erschütternd, in die täglich eingehenden Berichte der württembergischen Industriefirmen Einsicht zu nehmen, wie hier ganze Fronten wichtiger Ausführungspositionen zusammengebrochen sind, ohne daß die Landwirtschaft auch nur einen Pfennig Nutzen hätte ziehen können. Ja, im Gegenteil, die für unsere württembergische Landwirtschaft bei kluger Anwendung so wichtige Waffe der Kontingentierung ist stumpf geworden, ehe sie wirklich eingesetzt worden ist.“

3. Im Rahmen dieser Grundausfassung habe ich mich in meiner amtlichen Eigenschaft um den Schutz der Erzeugnisse der Milch- und Viehwirtschaft, des Gemüse- und Obstbaues, der Eierzeuger, ferner um die württembergische Waldwirtschaft nachdrücklich bemüht. Ich werde in den nächsten Tagen im Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß bei der Beratung der Anträge Dr. Ströbel und Genossen über die Rettung des deutschen Binnenmarktes im einzelnen darlegen, welche Schritte das Wirtschaftsministerium im einzelnen unternommen hat und wie ich mich amtlich dafür eingesetzt habe, daß man in der Agrarpolitik des Reichs sich endlich um diese seit Jahren schwer vernachlässigten Erzeugnisse der südwestdeutschen bäuerlichen Veredelungswirtschaft bemühen und nicht ausschließlich an den Preis von Getreide und Kartoffeln denken soll.

Für weitere Reichszuschüsse zur Instandsetzung von Wohnungen

Die Handwerkskammer Stuttgart als Vorort des Württ. Handwerkskammertags hat entsprechend den gemeinsamen Beschlüssen der südd. Handwerkskammern bei der württ. Regierung den Antrag gestellt, diese möge bei der Reichsregierung mit allen Mitteln dahin wirken, daß weitere Reichszuschüsse für Instandsetzungen, Wohnungssteigerungen und Umbauten, wie sie gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September ds. Jz. gewährt wurden, zur Verfügung gestellt werden, da die bisher auf das Land Württemberg entfallenden Zuschüsse voll in Anspruch genommen wurden, wobei nur ein kleiner Teil der eingegangenen Anträge Berücksichtigung finden könne. Es wurde die Zurverfügungstellung weiterer 200 Millionen Reichsmark neben den bereits gewährten 50 Millionen Reichsmark gefordert, da es sich gezeigt habe, daß die bisher bewilligten Mittel bei dem hohen Grad des Verfalls des Altkausbesitzes viel zu gering waren und auch die Befürchtungen, daß die weiter notwendigen eigenen Mittel seitens der Hausbesitzer nicht aufgebracht werden könnten, sich als nicht richtig erwiesen haben. Gerade dieser Teil des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung habe sich wirtschaftsbelebend ausgewirkt und es könnte nicht verstanden werden, wenn diese eingeleitete vielversprechende Aktion nicht weitergeführt würde, zumal die seit Jahrzehnten seitens der Regierung vernachlässigte Handwerkswirtschaft dadurch befestigt wird. Außerdem wurde eine schärfere Bekämpfung der Schwarzarbeit und Gelegenheitsarbeit bei der Durchführung der Bestimmungen über die Gewährung von Reichszuschüssen für Wohnungsinstandsetzung usw. gefordert, indem nur solche Arbeiten als zuschussfähig anerkannt werden sollen, welche von Gewerbetreibenden ausgeführt werden, die seit mindestens 1. Januar 1932 ihren Gewerbebetrieb polizeilich angemeldet haben, die Mitgliedschaft bei einer Berufsgenossenschaft besitzen und gleichzeitig in keinem Arbeitnehmerverhältnis stehen.

Aus Stadt und Land

Calw, den 30. November 1932.

Dekan Ross verläßt Calw.

Wie wir erfahren, wird Dekan Ross am 11. Jan. nächsten Jahres unsere Stadt verlassen, um nach Cannstatt überzusiedeln, wo er das Dekanat des Kirchenbezirks und die erste Stadtpfarrstelle an der dortigen Stadtkirche als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Dekans Kübler übernehmen wird.

Die mittlere Verwaltungsdienstprüfung

haben Heinrich Hezler von Oberkollbach und Albert Kühnle von Simmohheim mit Erfolg abgelegt; sie sind zu Verwaltungspraktikanten bestellt worden.

Ständiges Inferieren bringt Gewinn!

Felderprämierung

Auf Grund der Ergebnisse der Besichtigung der angemeldeten Felder hat die Württembergische Landwirtschaftskammer im Jahr 1932 dem Landwirtschaftlichen Ortsverein Dachtel einen zweiten Preis für einen mit Hafer bestellten Gemeindefeldzuchtacker zugeteilt.

Die Nachtübung der Freiw. Feuerwehr Calw

Wie bereits gestern in Kürze mitgeteilt, haben am Montagabend Freiw. Feuerwehr und Freiw. Sanitätskolonne Calw gemeinsam eine Nachtübung durchgeführt. Ohne jede Vorbereitung erfolgte um 20.15 Uhr die Alarmierung der Weckerlinie, und 10 Minuten darauf wurde durch Glockengeläut, Trommel- und Trompetensignale Alarm für die gesamte Freiw. Feuerwehr und die Freiw. Sanitätskolonne gegeben. Die Wehrleute und die Freiw. Sanitätskolonne waren rasch zur Stelle und begaben sich sofort mit den Geräten zur angemessenen Brandstätte, dem Anwesen von Landwirt und Fahrhalter Nader in der Mehrgasse. Nach Annahme des Kommandos brannten bei Eintreffen der Weckerlinie bereits Haus und Scheuer des rückseitig durch die alte Stadtmauer begrenzten Anwesens. Da im Falle eines Brandes für den gesamten, sehr dicht überbauten Gebäudekomplex zwischen Mehrgasse und Markt, zumal bei Nacht, erhöhte Gefahr besteht, war die Alarmierung der Gesamtwehr eine Notwendigkeit. Die unter der Oberleitung von Kommandant Wochle durchgeführte Übung bewies, daß unsere Wehrleute ebenso wie unsere Sanitätsmannschaften auch in den Nachtstunden geradefo rasch und zuverlässig arbeiten können wie am Tage. Das Brandobjekt wurde zielbewußt und zweckmäßig eingekreist und stand zum Schluß unter der Einwirkung der Wassermassen aus elf Strahlrohren, so daß wohl im Ernstfall das Feuer sich schwerlich hätte über das Brandobjekt hinaus weiter ausbreiten können. Die Übung begann mit dem Eingreifen der Weckerlinie. Die Motorspritze erhielt Aufstellung an der Waldhornbrücke. Während ein Teil der Mannschaft sowie Mitglieder der Freiw. Sanitätskolonne, durch Rauchschutzmasken geschützt, in das Haus Nader eindrangen, um hier durch den Qualm betäubte oder verlebte Personen zu bergen, legten die restlichen Mannschaften des 1. Zuges eine Schlauchlage auf die Staffel am Entenschnabel und eine weitere trodene Schlauchlage ins Haus Nader selbst. Die kleine mechanische Leiter wurde vom Marktplatz aus an die Scheuer des Gaishofes zum „Hirsch“ vorgebracht und erhielt Wasser vom Hydranten beim Hause Weiser am Markt. Der zweite Zug stellte die große mechanische Leiter gegenüber dem Hause von Bäckermeister Blatter in der Mehrgasse auf. Wasser auf diese Leiter gab der auf der Nikolausbrücke postierte 4. Zug. Die große Vockleiter stand beim Niehmischen Haus und erhielt Wasser vom Hydranten beim Hause Jung, während die kleine Vockleiter vor dem „Röhle“ in Reserve gehalten wurde. Der 3. Zug bediente den Hydranten beim Hause Jung, ferner legte er Schlauchlagen einmal zum Schutze des Blatterischen Hauses vom Hydranten beim Café Bauer, dann vom Hydranten beim Hause Bub in der Salzgasse auf die Stadtmauer und schließlich noch vom Hydranten am Entenschnabel ins Haus Niehm, welches sich gegenüber dem Hause Nader befindet. Der 5. Zug nahm am unteren Marktbrunnen Aufstellung und legte eine Schlauchlage in die Scheuer des „Hirsch“. Der 6. Zug sorgte, mit Seilen ausgerüstet, für die notwendigen Absperrrmaßnahmen. Die Freiw. Sanitätskolonne nahm unter Leitung von Kolonnenführer Kirchherr, wie schon bemerkt, an der Übung tätigen Anteil. Nachdem im Hause Frohnmeyer eine Verbandsstation errichtet war, wurde dort den geborgenen Verletzten und Rauchvergifteten in sachgemäßer Weise die erste Hilfe zuteil. Angenommen waren besonders Kopfverletzungen, Knochenbrüche und Brandwunden. Nach der anstrengenden Übung, welcher übrigens, wie wir hören, auch Bezirksfeuerlöschinspektor Riederer anwohnte, versammelten sich die Wehrleute mit den Kameraden von der Sanitätskolonne noch zu einigen gemüthlichen Stunden im Weißer Saal. Für musikalische Unterhaltung sorgte das Spielmannskorps, welches auch schon während der Übung schnell in Aktion getreten war.

Vom Kaninchenzuchtverein Calw und Umgebung.

Die am letzten Sonntag in Calw in der städtischen Turnhalle abgehaltene Ausstellung erfreute sich eines starken Besuchs. Dieser war auch verdient, stellt doch die Kaninchenzucht einen bedeutenden Zweig der Kleintierzucht dar. Die ausgestellten Tiere waren durchweg gut bis sehr gut, das zeigte die hohe Bewertung und die anerkannten Preise. Wenn man in Betracht zieht, daß das gezeigte Material nur ein Teil des Tierbestandes der Vereinsmitglieder war und daß es noch viele gibt, die zwar Kaninchenhalter sind, aber dem Verein noch fernestehen, so ergibt sich die erfreuliche Tatsache, daß auch in unserer Stadt die Kaninchenzucht sich immer mehr ausbreitet. Neben Kaninchen war noch eine Anzahl aegerdter und veredelter Felle ausgestellt, um den Besuchern zu zeigen, auf welche verschiedene Arten das Fell des Kaninchens veredelt werden kann. Die Mitglieder des Vereins werden bei den zurzeit geltenden Zellpreisen ihre ausfallenden Winterfelle für den eigenen Bedarf gerben bzw. veredeln lassen, um so mehr, als der Verein beabsichtigt, im kommenden Jahr einen Pelznachkurs zu veranstalten.

Nachstehend die Züchter der Tiere, welche Preise erhielten: Ehrenpreis gleich 96 Punkte: Adermann, Holzäpfel, Dufner. 1. Preis gleich 95 Punkte: Kling zweimal, Harisch zweimal, Wehling, Dufner dreimal, Holzäpfel zweimal, Bär, Hennesarth. 2. Preis gleich 94 Punkte: Lüh, Friedr., Ottenbronn dreimal, Götz dreimal, Hennesarth, Kling, Adermann, Harisch zweimal, Schühle, Dufner siebenmal, Theurer dreimal, Holzäpfel, Lüh, Georg, Günther, Bär, Schwenk zweimal, Lüh, Wilhelm. 3. Preis: 93-92 Punkte. Götz zweimal, Bär, Schühle, Hirsan, Eisenhardt dreimal, Adermann, Harisch, Wehling zweimal, Kling zweimal, Dufner viermal, Theurer viermal, Holzäpfel, Schwenk dreimal, Lüh, Wilhelm. Gesamtleistungen: 1. Dufner, 2. Holzäpfel, 3. Theurer, 4. Kling.

Aus Anlaß der Ausstellung tagten am Sonntag die Vorstände der Bezirksgeflügelzuchtvereine des Nagoldtals in Calw. Man erörterte einen Zusammenschluß der Vereine des Nagoldtals sowie Anschluß an den Bund deutscher Geflügelzüchter. Entsprechende Beschlüsse sollen in einer am 18. Dezember in Calw stattfindenden Vorstanderversammlung gefaßt werden. Der neu zu gründende Nagoldgau dürfte voraussichtlich die Vereine der Oberämter Calw und Nagold umschließen. Von dem Zusammenschluß verspricht man sich eine Förderung der züchterischen Arbeit.

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Hochdruck beherrscht die Wetterlage und hält die nördliche Depression einseitig fern. Für Donnerstag und Freitag ist noch mehrfach heiteres und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Neuhengstett, 29. Nov. Der Sonntag brachte wieder reges Segelfliegerleben und einige nennenswerte Fortschritte. In den Mittagsstunden trat die Flugmannschaft an, und nach kurzer Zeit hatte sich schon eine große Menge Zuschauer eingefunden. Beim ersten Startversuch erhob sich das Flugzeug 5 bis 6 Meter, als Pilot war ein aufgeweckter Junge im Alter von 11 Jahren tätig, weitere Versuche brachten das gleiche Ergebnis. Gegen 1/5 Uhr wurde das Flugzeug dann ohne Falak hochgelassen und erreichte eine Höhe von 60 bis 70 Meter. Einige Minuten hielt es sich wunderbar in der Luft, stürzte dann aber durch einen Fehlgriß des Konstruktors plötzlich ab. Nächsten Sonntag werden die Flugübungen fortgesetzt.

Neuenbürg, 29. Nov. Ein fetter Fang glückte heute nacht zwei auf Nachstreife befindlichen Landjägerbeamten. Unterhalb Notensbachs, in der Nähe des Sportplatzes, stellten sie zwei des Wegs kommende Radfahrer und nahmen eine Sicherung vor. Dabei ergab sich die überraschende Feststellung, daß sämtliche Taschen der beiden Radfahrer gespickt waren mit Gb- und Rauchwaren. Die Diebesbeute war das Ergebnis eines Einbruches im Verkaufsstand des Phil. Napp beim Stadtbahnhof. Es handelt sich um zwei vorbestrafte etwa 25jährige verheiratete Männer aus Gröbzingen und Berghausen.

St. B. Baiersbrunn N. A. Freudenstadt, 29. Nov. Zum letzten Male haben sich am Sonntag in Baiersbrunn die Fahnen der Veteranen-, Militär- und Kriegervereine über

dem Grabe eines Veteranen von 1870 geleitet: Fortwärt a. D. Jakob Böhlinger ist im Alter von 84 1/2 Jahren am letzten Freitag inernarlich rasch entschlafen.

St. B. Gorb, 29. Nov. Der Umbau der Bildhingerstraße hat vor 8 Tagen bereits begonnen. Die Baufirma Baresiel erhielt den Auftrag. 50 bis 60 Mann werden zunächst bis Weihnachten beschäftigt. Die wichtigsten, aber auch schwierigsten Arbeiten sind die der Felsenabhebung am Hangenloch. Die Vorbereitungen für ihre Inangriffnahme dauern schon geraume Zeit.

St. B. Kottwilt, 29. Nov. Sicherem Vernehmen nach ist die Aufhebung des hiesigen Lehrerseminars eine beschlossene Sache und wird auf 1. April 1934 durchgeführt werden. Da für die nächsten Jahre an eine Ausnahme in die Lehrerbildungsanstalten nicht gedacht werden kann, war die Aufhebung nur noch eine Frage der Zeit.

St. B. Stuttgart, 29. Nov. Die Vorgänge der letzten Zeit im Stuttgarter Rathaus haben den Stadtvorstand veranlaßt, über den Zutritt zum Rathaus und das Verweilen darin besondere Vorschriften zu erlassen, die einen geordneten Dienstbetrieb und die ungehinderte Abhaltung von Sitzungen gewährleisten. — Seit Mitte des Monats bearbeitet Staatssekretär Klemm mit zwei weiteren Beamten die Vorschläge des Wirtschafts des Reichsparlamentars über die Verwaltung der Stadt Stuttgart und die dazu eingegangenen Anmerkungen der städtischen Ämter. Dabei wird Bedacht darauf genommen, daß diejenigen Gegenstände, die den Haushaltsplan 1933 beeinflussen könnten, besonders herausgestellt werden, so daß ihre Berücksichtigung schon bei der Beratung des nächsten Haushaltsplans möglich sein wird.

St. B. Pfaffingen N. A. Balingen, 29. Nov. Hier wurde im Zwangsweg ein Haus, dessen früherer Schätzwert 10.000 RM betrug, von der Gemeinde, die zusammen mit der staatlichen Kreditanstalt Vörschaft für das Haus übernommen hat, um 5200 RM angekauft.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse
St. B. Stuttgart, 29. Nov. Die Börse beobachtete große Zurückhaltung. Am Aktien- wie am Rentenmarkt gab es Kursabwärtsdeckungen.

U. G. Berliner Produktenbörse vom 29. November
Weizen märk. 194-196; Roggen märk. 154-156; Brau-

gerste 170-180; Futter- und Industrieernte 161-168; Hafer märk. 125-130; Weizenmehl 24,10-27; Roggenmehl 19,75 bis 24,10; Weizenkleie 9,45-9,75; Roggenkleie 8,75-9,10; Viktoriaerbsen 21-26; H. Speiseerbsen 20-27; Futtererbsen 14-16; Leinfüden 10,10-10,20; Erdnufüden 10,70; Erdnufüdenmehl 11; Trockenrüben 8,90; extrahiertes Sojabohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 10,10; dto. ab Stettin 10,80; Raufutter: drahtgepr. Roggenstroh 0,65-0,80; dto. Weizenstroh 0,45-0,60; dto. Haferstroh 0,45-0,60; dto. Gerstenstroh 0,45-0,60; gebund. Roggenlangstroh 0,75-1; bindfadengepr. Roggenstroh 0,60-0,80; dto. Weizenstroh 0,45 bis 0,60; Häcksel 1,30-1,45; handelsübli. Sen 1,10-1,30; gutes Sen (erster Schnitt) 1,80-2,20; Luzerne, Iose 2,15-2,45; Lohmotee, Iose 2,20-2,50; Kleben, Iose 2-2,30; drahtgepr. Sen in Big. über Notiz 40. Allgemeine Tendenz: stetig.

Stuttgarter Schlachtwirtschaft

Dem Dienstagmarkt am Stadt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 35 Ochsen (unverkauft 10), 54 (25) Bullen, 263 Jungbullen, 286 (10) Kühe, 365 (59) Rinder, 1599 (80) Kälber, 2182 (80) Schweine, 4 Schafe.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

| | | | | | |
|---------------------|--------|--------|---------------------|--------|--------|
| | 29.11. | 24.11. | | 29.11. | 24.11. |
| | Pfg. | Pfg. | | Pfg. | Pfg. |
| Ochsen: | | | Kühe: | | |
| ausgemästet . . . | 28-30 | — | fleischig | 11-14 | — |
| vollfleischig . . . | 24-26 | — | geringgenährte . . | 7-10 | — |
| fleischig | 21-23 | — | Kälber: | | |
| Bullen: | | | feinste Mast- und | | |
| ausgemästet . . . | 23-24 | 23-24 | belle Saugkälber | 30-34 | 32-35 |
| vollfleischig . . . | 21-22 | 21-23 | mittl. Mast- und | 25-28 | 27-30 |
| fleischig | 20-21 | 20-21 | gute Saugkälber | 20-24 | 22-26 |
| Jungbullen: | | | geringe Kälber . . | — | — |
| ausgemästet . . . | 30-34 | 30-33 | Schweine: | | |
| vollfleischig . . . | 24-28 | 24-28 | über 300 Pfd. . . . | 44-45 | 44 |
| fleischig | 20-23 | 21-24 | 240-300 Pfd. . . . | 43-44 | 43-44 |
| geringgenährte . . | — | — | 200-240 Pfd. . . . | 42-43 | 42-43 |
| Kühe: | | | 160-200 Pfd. . . . | 40-41 | 40-41 |
| ausgemästet . . . | 21-24 | — | 120-160 Pfd. . . . | 38-39 | 38-40 |
| vollfleischig . . . | 18-18 | — | unter 120 Pfd. . . | — | — |
| | | | Sauen | 28-34 | 28-34 |

Marktverlauf: Großvieh und Schweine ruhig, Ueberstand, Kälber schleppend.

Stuttgarter Großmärkte

Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr 50 Ztr. Preis 2,70-3 RM. — Mohlenmarkt auf dem Wilhelmplatz: Zufuhr 50 Ztr. Preis 5,80 RM für je 1 Ztr.

Amtl. Bekanntmachungen

Die beteiligten Kreise werden auf die Bekanntmachung des Landesgewerkeamts über Handwerkerlehrgänge im Staatsanzeiger Nr. 278, der bei den Gemeindebehörden aufliegt, hingewiesen.

Calw, den 28. November 1932.

Oberamt.

Straßensperre
Die Schillerstraße

ist wegen Grabarbeiten bei der Altbürgerstraße am **Donnerstag, den 1. Dezember** für den Fahrzeugverkehr gesperrt.

Calw, den 30. November 1932

Bürgermeisteramt: G ö h n e r.

Stadtgemeinde Calw.

Viehählung am 1. Dezember 1932.

Nach einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums findet am 1. Dezember 1932 wieder eine Zählung der Pferde, Esel, Maultiere, des Rindviehs, der Schafe, Schweine, Ziegen, Gänse, Enten, Hühner und Bienenstöcke statt, ferner in Verbindung hiermit eine Ermittlung der nichtbeschaupflichtigen Hauschlachtungen von Schweinen.

Jedermann, der Tiere vorgenannter Art besitzt oder Hauschlachtungen von Schweinen und Ferkeln in der Zeit vom 1. Septbr. 1932 bis 30. November 1932 vorgenommen hat, wird aufgefordert, dem Zähler, der zu ihm ins Haus kommt, die Angaben genau zu machen und falls bis zum Ablauf des Zählungstages ein Zähler nicht erscheinen sollte, die Angaben im Laufe des 2. Dezember 1932 dem Bürgermeisterramt zu machen. Unterlassung der Meldung sowie unrichtige Angaben sind strafbar.

Calw, den 30. November 1932.

Bürgermeisteramt: G ö h n e r.

Verkauf von Handarbeiten für die Basler Mission

Montag, 5. Dezember, von nachm. 1 Uhr an im großen Vereinshausaal in Calw mit Kaffee und Kuchen

Abends 8 Uhr: Ansprachen von Dekan Ross, Stadtpfarrer Hermann und Missionar Glöckel (Kamerun). Musikalische u. sonstige Darbietungen.

Die Bewohner von Calw und Umgebung sind dazu herzlich eingeladen.

Namens der Missionsvereine: Stahl.



Etwas Pikantes auf den Tisch!

Die billigen

Allgäuer Hart- und Weichkäse

MARKE GEG-KUH UND

GEG-ALPENROSE

leicht verdaulich, gehaltvoll und

würzig, das genußreiche Zubrot

im

Konsumverein

Evangelische Kirchengemeinde Calw

Von der Kirchensteuer des Rechnungsjahres 1932 sind 3/4 zur Zahlung fällig.

Es wird gebeten, Zahlungen an die Kirchnpflege zu entrichten.

Evang. Kirchengemeinderat: Dekan Ross.

Motor-Sport-Club Calw
(A. D. A. C. Ortsgruppe)
Donnerstag abend 8 Uhr
Monatsversammlung
im Clublokal

Ist Ihr Einkommensteuerbescheid für das Jahr 1931 in Ordnung? Nötigenfalls versäumen Sie es nicht, rechtzeitig Einspruch zu erheben. Zuverlässige Beratung und Hilfe durch **Bücherrevisor ALBERT ABENHEIMER, Calw, Schillerstraße 1.**

In keinem Haushalt sollte der gute Servakaffee fehlen. Er ist ja schon zu haben das 1/4 Pfund von 60 Pfg. an mit 5 Proz. Rabatt **C. Serva, Calw** Fernsprecher Nr. 120

Sie schädigen sich selbst, wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu halten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen. **Vor Schaden bewahren Sie sich,** wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie das „**Calwer Tagblatt**“, das Sie über alle Vorkommnisse im Bezirk unterrichtet.

Veteranen-Verein Calw 1870-1914

Altveteran Wilh. Götting ist gestorben.

Es ist Ehrensache der Kameraden, dem letzten ausmarschiereten Veteranen der Stadt Calw von 1870-71 das letzte Geleit zu geben.

Beerdigung Donnerstag nachm. 2 Uhr. Sammlung 1 Uhr 30 bei der Fahne.

Vorstand Walterher

Einige schöne

Herren-Anzüge

wie neu, Größe 1,67 m von Privat preiswert abzugeben.

Anfragen unt. **N. N. 281** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Schreibisch

zu kaufen gesucht. Angebote unter **N. N. 281** an die Geschäftsst. ds. Bl.

Puppenstube

Schöne dreiteilige möbliert, sowie **Puppenküche** zu verkaufen.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Fußpflege

werden von Strumpfklinik sachgemäß haltbar u. billig angefrischt, angefohlt sowie Fallmaschinen aufgenommen. Vorfüße nicht abschneiden!

Lise Eberhard Hengstetter Straße 14

Zum Lebensgenuss gehört eine pikante **GEG-Zigarillo!** Schon von 5 Pfg. an in Ihrem **Konsumverein!**

Lichtbilder-Vortrag (45 Bilder)

übermorgen Freitag, 2. Dezember, abends 8 Uhr im Hotel Waldhorn, Calw, über:

„Der Spiritismus ein Zeichen der Endzeit — oder kann man mit den Toten verkehren und welches ist der Unterschied zwischen der 1. und 2. Auferstehung und dem ersten u. zweiten Tod?“

Referent: **H. Schulte.** Eintritt frei.

N. B. Die Bilder behandeln u. a. Materialisations-Phänomene, Telekinese, Telepathie, Teleplastik, Geisterphotographien, Medien usw.

Frische Seefische

direkt von der See treffen heute ein.

Rabliau Pfd. 28 Pfg.

Filet extra Qualität ohne Bauchlappen Pfd. 48 Pfg.

Bratfisch Pfd. 18 Pfg.

Frische Bücklinge Pfd. 30 Pfg.

Frischer Blutpressack und Leberpressack Pfd. 60 Pfg.

Für die **Weihnachts-Bäckerei** alles bereit!

... und unser **Weihnachts-Sparbuch**

Pfannkuch